Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos. Heinrichs. — Anholt: W. Wolfing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.

Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Postverlagsort: Bocholt.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 2.—, ins Haus gebracht einschl. 35 Pfg. Botenlohn 2.35, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 12 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand für beide Teile Bocholt.

Nummer 239 | Montag, den 29. August 1932 | Jahrgang 1932

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung.

Keine Zwangsanleihe. – Finanzierung neuer Arbeitsbeschaffung durch Steueranrechnungsscheine. – Prämien für die Einstellung neuer Arbeitskräfte. – Unterschreitung des Tariflohns soll gestattet werden. – Ein praktisches Pflichtjahr zwischen Abitur und Hochschulstudium. – Scharfe Bemerkungen gegen die NSDAP.

1 bis 2 Millionen Arbeitslose sollen wieder Beschäftigung finden.

Die Rede des Reichskanzlers in Münster.

— Münster, 28. August.

Die heutige außerordentliche Generalversammlung des Westfälischen Bauernvereins, die ihre Bedeutung für die gesamte deutsche Wirtschaft durch die angekündigte Rede des Reichskanzlers von Papen über das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung erhielt, wies einen so starken Besuch auf, daß zu der Versammlung in der Stadthalle eine Parallelversammlung im benachbarten Stadttheater angesetzt werden mußte, der die Ausführungen des Kanzlers durch Lautsprecher übermittelt wurden.

Pünktlich 11 Uhr nahm der

Präsident des Westfälischen Bauernvereins, Gutsbesitzer Dieckmann-Gladbeck,

das Wort zu einer längeren Rede über das Thema: „Das Bauerntum zu den Aufgaben der Staats- und Wirtschaftspolitik", in der er die Forderungen des Westfälischen Bauernvereins klar herausstellte. Wenn nicht endlich dem Zusammenschrumpfungsprozeß der Wirtschaft Einhalt geboten werde, gebe es keine Rettung mehr, reiße die zusammenbrechende Wirtschaft alles in den Abgrund der Zerstörung. Mit Teilmaßnahmen sei nichts mehr zu erreichen.

Das Erfordernis, steuerliche wie soziale Lasten und Abgaben, Tarife und Gebühren aller Art und insbesondere die Zinssätze der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft anzupassen, werde vor tief einschneidenden Umwälzungen auf staats- und verwaltungspolitischem Gebiete nicht Halt machen können, vollkommen untragbare, ungerechte und unsoziale Steuergesetze wie die Schlachtsteuer müßten umgehend verschwinden.

(Starker Beifall.) Falsch wäre der Versuch, von unten her Ausgaben zu ersparen oder zu streichen. Das, was zum Ruin der Wirtschaft mitbeigetragen habe, sei der übertriebene Ausbau der Zentralinstanzen, die auf das geringstmöglichste Maß vermindert werden müßten, das bedingt ist durch die Leistungsmöglichkeit der Wirtschaft.

Bleiben die Parlamente zur positiven Arbeit unfähig, so sei kategorisch zu fordern, daß die große Reformarbeit auf wirtschafts-, agrar-, sozial-, handels-, finanz-, staats- und verwaltungspolitischem Gebiet dann ohne Parlament geleistet werden müsse,

und zwar von Männern, die die Kraft und den Mut haben, rücksichtslos, im Sinne des Herrn Reichspräsidenten, das in die Tat umzusetzen, was die Stunde zur Errettung von Volk, Staat und Wirtschaft verlangt. (Stürmischer Beifall.)

Nachdem Präsident Dieckmann noch die zahlreich Erschienenen begrüßt hatte, nahm

Reichskanzler von Papen

das Wort zu seinen etwa dreiviertelstündigen programmatischen Ausführungen.

Sie haben mich hierher gerufen, so begann der Kanzler, als ein altes Mitglied des Westfälischen Bauernvereins und zugleich als den Leiter der deutschen Reichsregierung, die auf dem Vertrauen des Herrn Reichspräsidenten beruht. Die Aufgaben der Regierung, die ich zu leiten die Ehre habe, beschränken sich nicht auf wirtschaftliche oder politische Einzelarbeit. Wir wollen den Grund legen für einen Neubau des deutschen Staates. Deshalb lassen Sie mich, bevor ich auf die einzelnen Aufgaben der Gegenwart eingehe, einige Worte über die Grundsätze einer neuen Staatsführung sagen.

Sie, die westfälischen Bauern, und ich, wir sind keine Revolutionäre, noch sind wir Reaktionäre.

Wir fühlen uns innerlich gebunden an Scholle und Heimat. Wir wissen, daß der Mensch die letzten Dinge der Welt nicht der eigenen intellektuellen Entscheidung unterwerfen kann und darf. Wir erkennen vielmehr an, daß wir dienende Glieder in einer von Gott gegebenen Ordnung sind. (Beifall.) Das nenne ich konservative Gesinnung. Eine solche Gesinnung beruht im Glauben an Gott.

Die Pflege christlicher Erziehung in Familie und Schule muß deshalb am Anfang jeder Staatspolitik stehen.

(Starker Beifall.) Denn aus ihr entwickelt sich das Verantwortungsbewußtsein des Einzelnen gegenüber der Gesamtheit. Konservative Gesinnung fordert eine Staatsgewalt, die auf Autorität begründet ist. (Beifall.) Sie muß stark und unabhängig sein, damit von ihr Gerechtigkeit ausgehen kann, und alle Ordnungen der Gesellschaft, der Selbstverwaltung und der Wirtschaft an ihr einen festen Halt finden. Sie darf kein Spielball sein für die Kräfte der Gesellschaft, für Parteien und Interessengruppen. (Beifall.)

Den Urteilen in Ohlau und Benthen ist von Rechts und Links ein Sturm gegen die gleichmäßige Handhabung des Rechts gefolgt.

Beide Seiten verlangen, den politischen Gegner außerhalb der Volksgemeinschaft und außerhalb des Rechts zu stellen. Im politischen Kampf sollen Totschlag und Rache erlaubt, der Gegner vogelfrei sein. Objektivität gilt als Schimpf. Solcher Verwilderung der politischen Moral entgegenzutreten, ist die Pflicht der Staatsgewalt.

Ich kenne kein Recht, das nur das Kampfmittel einer Klasse oder einer Partei ist. Das ist eine marxistische Auffassung, die ich ablehne, auch wenn sie von Nationalsozialisten ausgesprochen wird, denn sie schlägt jeder deutschen und christlichen Rechtsauffassung ins Gesicht.

Ich bekenne mich zu dem Glauben an ewige Rechtsnormen, aus denen auch der altpreußische Grundsatz geformt ist: Jedem das Seine. Es ist die Tradition Preußens von seinen großen Königen her, daß nur der zur Führung der Nation zugelassen werden kann, der sich freiwillig in ihre Gesetze einordnet.

Die Zügellosigkeit, die aus dem Aufruf des Führers der nationalsozialistischen Bewegung spricht, paßt schlecht zu den Ansprüchen auf die Staatsführung. Ich gestehe ihm nicht das Recht zu, die Minderheit in Deutschland, die seinen Fahnen folgt, allein als die deutsche Nation anzusehen und alle übrigen Volksgenossen als Freiwild zu behandeln.

Wenn ich heute gegen Hitler für den Rechtsstaat, für die Volksgemeinschaft und für eine autoritäre Staatsführung eintrete, so verfolge ich, und nicht er, das Ziel, das Millionen seiner Anhänger im Kampfe gegen die Parteiherrschaft, gegen Willkür und Ungerechtigkeit jahrelang mit heißem Herzen herbeigesehnt haben.

Ich greife der Entscheidung über das Schicksal der fünf zum Tode Verurteilten nicht vor. Die preußische Staatsregierung wird sie, unbeirrt von politischen Anwürfen, nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit treffen. Aber ich sage zugleich: Die Anerkennung des gleichen Rechts, das für alle deutschen Staatsbürger gilt, werde ich nötigenfalls erzwingen.

Ich bin fest entschlossen, die schwelende Glut des Bürgerkrieges auszutreten und den zunehmenden politischen Unruhen und politischen Gewalttaten zu begegnen, die heute noch ein so großes Hindernis für die positive Arbeit sind, in der die eigentliche Aufgabe der Regierung besteht. (Beifall.) Damit komme ich zu den praktischen Tagesfragen, welche die ungeheure Not unserem Vaterland stellt, die Not, die auch der deutsche Bauernstand so hart empfindet und die mir mein Herr Vorredner so eindringlich vorgestellt hat.

Selbstverständlich wird die Regierung der Landwirtschaft, die der Born ist, aus dem die Nation immer erneut sich moralisch und wirtschaftlich verjüngen muß, mit allen Kräften helfen. Sie hat vom ersten Tage ab ihre Politik nur auf dieses Ziel gerichtet. Aber die harten Erfahrungen langer Jahre haben uns gezeigt, daß einseitige Hilfe wenig nützt.

Nur von einer Belebung unserer gesamten Wirtschaft kann eine dauernde und wirkungsvolle Belebung der Landwirtschaft kommen.

Als Gesamtkörper hebt sich die deutsche Wirtschaft von der Weltwirtschaft ab. Die Reichsregierung hat es schon oft ausgesprochen, daß die verständnisvolle Förderung des Binnenmarktes die erste Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft bedeutet. Sie lehnt den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie deshalb ab, weil Deutschland nicht auf seine weltwirtschaftlichen Beziehungen verzichten kann, und weil es jede Arbeitsgelegenheit ausnutzen muß, die ihm der Auslandsmarkt auch heute noch bietet. Aber die Grundlagen der Ernährung müssen im Binnenlande sichergestellt werden. Die Interessen unserer Ausfuhr und unseres Binnenmarktes werden gewiß nur mit gewissen Schwierigkeiten in Uebereinstimmung zu bringen sein, und sie beruhen nur auf der Wiederherstellung der Rentabilität.

Ich kann aber versichern, daß sich die Reichsregierung grundsätzlich zu der Notwendigkeit einer weiteren maßvollen Regelung der Einfuhr bekennt, und daß sie dahingehende Beschlüsse gefaßt hat.

Für die Zwangslage, aus der heraus diese Maßnahmen ergriffen werden müssen, werden Inland und Ausland Verständnis haben, denn es ist ja nicht richtig, daß, wie es vielleicht aus den Ausführungen des Herrn Präsidenten durchklang, unsere gegenwärtige Lage allein verursacht worden sei durch falsche deutsche Wirtschaftspolitik. In Deutschland ist die Krise, welche die ganze Welt erschüttert, als Folge seiner Kriegsverluste und der ungeheuren Reparationen viel früher ausgebrochen. Hier hat sie viel schwerer gehaust als in irgend einem anderen Lande der Welt, weil neben der Kapitalzerstörung durch die Inflation die plötzliche Entziehung von Milliarden von Leihkapital Produktion und Konsumption von Grund aus neu erschüttert hat. Es ist selbstverständlich, daß wir jedes Mittel ergreifen müssen, das uns dazu verhilft, diese ungeheure Not zu überwinden. Diese Not, die bei uns aus der Schrumpfung der Wirtschaft, aus der bisher unaufhaltbar fortschreitenden Deflation, wie aus dem Absinken der Preise hervorgegangen ist, findet ihren furchtbaren Ausdruck in der Arbeitslosigkeit. Wenn diese Deflation nicht beendet werden kann, so sind weitere Verluste des privaten Unternehmertums und der öffentlichen Wirtschaft, d. h. der gesamten Produktion, nicht aufzuhalten. Wir müssen deshalb den Versuch machen und ihn sofort machen, das Steuer grundsätzlich herumzuwerfen. Wenn wir jetzt den Grund zu einem Wiederaufbau unserer Wirtschaft legen wollen, so müssen wir es nach folgenden Grundsätzen tun:

Unsere Währung darf nicht gefährdet werden, wir wollen auch keine Abwertung der deutschen Mark. Wir wollen keine ausgeklügelten Experimente machen, die, wie der Herr Reichsbankpräsident es kürzlich sagte, Deutschland zunächst durch eine

(Fortsetzung auf der nächsten Seite.)

Neue Wege.

Wer unbefangen die Ausführungen des Reichskanzlers von Papen auf sich wirken läßt, muß anerkennen, daß das Wirtschaftsprogramm neue Ideen enthält, die zu einer tatkräftigen Belebung der Produktion führen können. Von Autarkie- und Währungsexperimenten hat sich die Regierung erfreulicher und vernünftiger Weise ferngehalten. Sie hat eine unerwartete Finanzierungsmöglichkeit für die Arbeitsbeschaffung gefunden. Die Steueranrechnungsscheine geben denen, die sie erhalten, die Garantie, daß sie in den Jahren 1934 bis 1938 nur einen Teil der dann fälligen Reichssteuern zu zahlen haben. Sie bedeuten also vorweg bezahlte Steuern, ohne daß für den Erwerb dieser Scheine besondere Geldmittel flüssig gemacht zu werden brauchen. Sie enthalten somit Kreditmöglichkeiten, die zur Ankurbelung der Wirtschaft zu dienen vermögen. Mit anderen Worten: die erst für später mögliche Steuerermäßigung soll schon jetzt für diesen Zweck mobilisiert werden.

Die Auflockerung der Tarife, wie sie sich die Regierung vorstellt, wird in Gewerkschaftskreisen sicher nicht widerspruchslos hingenommen werden. Daß sie eine neue Lohnverminderung zur Folge haben wird, ist ohne weiteres zu erkennen und auch vom Reichskanzler besonders hervorgehoben worden. Allerdings muß daran erinnert werden, daß die Gewerkschaften selber auch schon bereit waren, eine absolute Lohnkürzung durch die Einführung der Vierzigstundenwoche, die die Wiedereinstellung von Arbeitslosen in den Produktionsprozeß bezweckte, in Kauf zu nehmen. Von Arbeitsstreckung ist auch in den Ausführungen des Reichskanzlers die Rede. Sie soll durch Steueranrechnungsbonds prämiiert werden. Aber die Tarifauflockerung wird schwerlich eine Verkürzung der Arbeitszeit für den Arbeitnehmer, sondern seine geringere Entlohnung bei gleichbleibender Arbeitszeit zur Folge haben. Bei aller Kritik und Auflehnung gegen die neuen Opfer, die den Arbeitnehmern zugedacht werden, muß man allerdings beachten, daß die Gesamtsituation, die die Verminderung der Arbeitslosenzahl kategorisch fordert, so schwierig ist, daß ohne Eingriffe, die man für normale Zeiten unter allen Umständen ablehnen müßte, sich kaum ein Ausweg zeigt.

Ein sehr vernünftiger Gedanke ist das praktische Arbeitsdienstjahr, das für die Abiturienten eingeführt und anscheinend durch einen Numerus clausus, durch Beschränkung der Zahl der Neuimmatrikulationen an den Universitäten und Hochschulen ergänzt werden soll. Um hierüber ein gültiges Urteil abgeben zu können, muß man allerdings zunächst noch nähere Mitteilungen abwarten. Man wird insbesondere einer Auskunft darüber entgegensehen müssen, was geschehen soll, daß sich nicht der Prozentsatz der weiblichen Studierenden noch mehr verstärkt, wenn die männliche akademische Jugend schon durch das praktische Jahr zwei Semester später an das Hochschulstudium kommt.

Ganz allgemein bedarf natürlich die Rede des Kanzlers noch mancher Ergänzungen zu einer vollen Würdigung des Wirtschaftsprogramms. Das gilt vor allem auch hinsichtlich der Tariffrage. Wenn die Reichsregierung die Zwangsanleihe abgelehnt hat, so besagt das nicht, daß sie nicht ernstlich an eine solche Anleihe gedacht hat. Ihre Durchführung aber wäre schwerlich möglich gewesen.

Auf die innerpolitischen Bemerkungen von Papens wollen wir heute nicht eingehen. Manches, was dazu gesagt werden könnte, ist von uns schon in Bemerkungen der vorigen Woche vorweggenommen worden. Anderes, was zu sagen wäre, hängt aufs engste mit den wichtigen politischen Entscheidungen zusammen, die in dieser Woche zu erwarten sind. Es wird dabei reichlich Gelegenheit sein, auf die Rede des Reichskanzlers noch zurückzukommen. ☆

Das System der Steueranrechnungsscheine

Vierprozentige Verzinsung.

•:• Berlin, 28. August.

Wie das Conti-Nachrichtenbüro erfährt, wird das System der Steueranrechnungsscheine, dessen Ankündigung das Kernstück des wirtschaftlichen und finanziellen Teiles der heutigen Kanzlerrede bildete, voraussichtlich bereits Mitte der neuen Woche durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden, und zwar mit Wirkung vom 1. September oder vom 1. Oktober ab. Welcher von diesen beiden Terminen gewählt wird, steht im Augenblick noch nicht fest. Die maßgebenden Stellen haben aber den Wunsch, mit der Anwendung so schnell wie möglich zu beginnen.

Die Steueranrechnungsscheine werden ausgegeben: für die Hälfte der Umsatzsteuer, Zweifünftel der Gewerbesteuer, Einviertel der Grundsteuer und für die Gesamtheit der Beförderungssteuer.

Am klarsten wird der Plan vielleicht an einem Beispiel. Nimmt man an, daß jemand für das laufende Steuerjahr 1000 RM. Umsatzsteuer bezahlt, so erhält er einen Steuerbond über die Hälfte dieses Betrages, also 500 RM. Diesen Bond kann er in den Jahren 1934 bis 1938 bei der Entrichtung seiner Reichssteuern einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern mit Ausnahme der Einkommensteuer in Zahlung geben. Die Bonds haben ein Agio, das einer 4prozentigen Verzinsung entspricht. In dem erwähnten Beispiel würde also das Steueranrechnungspfand von 500 RM. im Jahre 1934 mit 520 RM., im Jahre 1935 mit 540 RM. usw. eingelöst werden.

In jedem der genannten fünf Jahre kann ein Fünftel der Steueranrechnungsscheine für die Steuerbegleichung verwandt werden, sodaß also auch der Rückfluß systematisch geregelt ist.

Praktisch bedeutet die Ausgabe der Steueranrechnungsscheine eine Steuerermäßigung. Mit Rücksicht auf seine augenblickliche Kassen- und Finanzlage kann das Reich sie nicht sofort gewähren. Es verteilt sie deshalb auf spätere fünf Jahre, realisiert sie aber schon jetzt, indem es ein Papier schafft, das einen inneren Wert hat. Es besteht darin, daß das Reich die Scheine später in Zahlung nimmt. Auf Grund dieses inneren Wertes können die Steueranrechnungsscheine als Kreditunterlage benutzt werden. Der große Vorteil, der sich schon daraus für die Wirtschaft ergibt, liegt auf der Hand. Ein weiterer Vorteil erhellt z. B. aus folgendem:

Die Bonds auf die Beförderungssteuer kommen sehr stark, der Reichsbahn zugute, die dadurch in die Lage versetzt wird, zusätzliche Aufträge an die Wirtschaft zu erteilen. Weiter liegt es im Charakter dieser Bonds, daß sich im Laufe der Zeit ein Handel mit ihnen entwickeln wird. Sie sind freizügig, weil jeder mit ihnen seine Steuern bezahlen kann und bietet außerdem in der vierprozentigen Verzinsung zweifellos einen Anreiz für anlagesuchende Gelder.

Der Gesamtbetrag dieses Teiles der Bonds, der bei der Zahlung von Steuern ausgegeben wird, ist vom Reichskanzler bereits auf 1,5 Milliarden RM. beziffert worden. Er hat auch angekündigt, daß weitere 700 Millionen RM. solcher Scheine an Unternehmer ausgegeben werden sollen, die mehr Arbeiter einstellen. Pro Arbeiter und pro Jahr entfällt ein Betrag von 400 RM., sodaß also die Mehrbeschäftigung eines Arbeiters für ein halbes Jahr dem Unternehmen einen Anspruch auf einen Steueranrechnungsschein in Höhe von 200 RM. gibt.

Elendstrecke führen würden, der weitere Millionen zum Opfer fallen.

Die Reichsregierung lehnt alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft ab. Der privaten Initiative gilt es wieder Vertrauen zur Zukunft einzuflößen, schien bisher doch jeder Versuch, der Wirtschaft Hilfe zu bringen, unnütz, weil jede wirtschaftliche Leistung doch nur in das Danaidenfaß der Reparationen geschöpft wurde. Aber heute ist dieser Druck endlich von uns genommen. Die Reichsregierung wird darüber wachen, daß die persönliche Verantwortung der freien Wirtschaft nicht durch Vermischung mit staatlichen Wirtschaftsformen verwischt wird.

Wo der Staat in den letzten Jahren Anteile an bisher privaten Betrieben übernommen hat, wird er dafür sorgen, daß klare Verhältnisse geschaffen werden, und daß der Allgemeinheit hier nicht nur die Lasten, sondern auch die Früchte der Arbeit zufallen.

Für diese Unternehmungen wird daher eine besondere staatliche Beaufsichtigung zur Wahrung der staatlichen Interessen eingesetzt. Ich habe bereits angekündigt, daß die Gehälter in diesen Betrieben auf das Maß dessen herabgesetzt werden, das einem staatlichen Unternehmen entspricht.

Nun zu dem Plan selbst, der den Maßnahmen zugrunde liegt, welche die Regierung dem Herrn Reichspräsidenten in dieser Woche vorschlagen wird. Deutschlands zentrales Problem ist die Arbeitslosigkeit. Die intensive Bearbeitung dieser Frage im Laufe der letzten Jahre hat gezeigt, daß Notstandsarbeiten und unmittelbare Arbeitsbeschaffung aus Steuermitteln sie bisher nicht beseitigen konnten. Die Regierung läßt selbstverständlich die bereits eingeleiteten Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung nicht aus den Augen. Solche Notstandsmaßnahmen sind schon im Gange, z. B. auf dem Gebiete des Straßenbaues, der Wasserwirtschaft, der landwirtschaftlichen Meliorationen, der Hausreparaturen. Insgesamt sind für diesen Zweck bisher 135 Millionen RM. bereitgestellt.

Die Reichsregierung hat beschlossen, auch andere Arbeitsgebiete mit Notstandsarbeiten zu versorgen. Sie handelt dabei im vollkommenen Einvernehmen mit der Reichsbank.

Der freiwillige Arbeitsdienst, dem bald etwa 200 000 Jugendliche angehören, wächst von selbst — ein Beweis für die werbende Kraft, die ihm innewohnt. Außerdem sind Notstandsmaßnahmen auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Siedlung, der vorstädtischen Kleinsiedlung, des Wohnungsbaues und der Hausreparaturen in Aussicht genommen. Hier ist besonders daran gedacht, den Bau von Eigenheimen durch Mobilisierung der in der freien Wirtschaft noch vorhandenen Kreditmöglichkeiten zu fördern.

Dennoch sind wir uns vollkommen klar darüber, daß es niemals gelingen wird, auf diesem Wege allein das wünschenswerte Ausmaß der Arbeitslosenverminderung zu erreichen. Die Regierung ist daher entschlossen, im großen Rahmen den Versuch zu machen, durch eine Belebung der Privatwirtschaft zur Neueinstellung von Arbeitskräften und zur Verminderung der Zahl der Arbeitslosen zu gelangen. Das kann nur geschehen, wenn die Hilfe nicht von einer Seite her, etwa von der Industrie oder nur von der Landwirtschaft allein versucht wird, sondern wenn überall gleichzeitig geholfen wird.

Wir gehen bei unseren Ueberlegungen davon aus, daß eine Reihe von wichtigen Anzeichen darauf hindeuten, daß das längste Stück des Weges, der uns zum Boden der Krise führt, von dem aus der Wiederaufstieg beginnen kann, nunmehr zurückgelegt ist.

In einem solchen Zeitpunkt ist es infolgedessen berechtigt, weittragende Maßnahmen zu ergreifen, als es in einem früheren Zeitpunkt der Krise möglich gewesen wäre. In dem gegenwärtigen, sehr fortgeschrittenen und voraussichtlich nicht allzuweit entfernten Stadium der Krise kann man erwarten, daß jeder Einfluß zur Belebung der Wirtschaft mit einiger Wahrscheinlichkeit dazu beitragen wird, die natürliche Fortsetzung in einem tatsächlichen Aufschwung der Wirtschaft zu finden.

Deutschlands gesamter Produktionsapparat muß zunächst einmal instandgesetzt werden, um an dieser Belebung teilzunehmen.

Heute ist der Zustand vieler unserer Produktionsstätten so schlecht, daß völliger Verfall droht. Wer hat in den letzten Jahren Geld für die nötigen Reparaturen aufwenden können? Wir haben nur von der Hand in den Mund gelebt und leben können. Es hat sich ein ungeheurer Bedarf an Erhaltungs- und Notstandsarbeiten aufgestaut, der in die Milliarden geht. Von diesem Punkte aus soll der Versuch gemacht werden, den Wirtschaftsprozeß in größerem Umfange zu beleben. Der Einsatz, der für diesen Zweck zu machen ist, muß genügend groß gewählt werden, damit die beabsichtigte Wirkung eintritt.

Dieser Einsatz wird sich auf eine Summe von mehr als 2 Milliarden Mark belaufen, und zwar über diejenigen Summen hinaus, die für Notstandsarbeiten und Arbeitsbeschaffung ausgeworfen sind.

Die Verhandlungen über die Durchführung dieses Programms im einzelnen und seine Finanzierung sind schon weit fortgeschritten. Insbesondere hat auch die Reichsbank ihre Mitwirkung zugesagt, wobei es sich, von der Seite der Geldbeschaffung gesehen, nicht um eine Belastung etwa der Notenbank mit großen Beträgen, sondern im wesentlichen um die Heranziehung der in der Wirtschaft ohnehin vorhandenen, z. Zt. nicht für die Arbeit ausgenutzten Liquidität auf den hierfür schon jetzt gegebenen Wegen handelt.

Den Gedanken, diesen Betrag etwa über eine Zwangsanleihe zu finanzieren, haben wir abgelehnt.

Beträge in solcher Höhe würde die deutsche Wirtschaft, auch wenn die Zahlung über eine längere Zeit verteilt wäre, einfach nicht aufbringen können. Das würde auch meiner Regierungserklärung widersprechen, keine neuen Lasten mehr zu bringen.

Anstattdessen beabsichtigen wir, folgenden Weg zu beschreiten:

Es sollen für Teile besonders produktionshemmender Steuern, wie der Umsatzsteuer, der Realsteuer, der Gewerbesteuer — übrigens ohne jede Beeinträchtigung des Etats der Länder und Gemeinden — und der Beförderungssteuer, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 fällig und gezahlt werden, Steueranrechnungsscheine gegeben werden, auf die in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 alle Reichssteuern, einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern, mit Ausnahme der Einkommensteuer, bezahlt werden können. Es wird sich hier um einen Betrag von etwa 1500 Millionen handeln. Diese Scheine werden mit einem Agio versehen werden, dadurch also den Charakter eines Darlehns des einzelnen Pflichtigen an das Reich erhalten. Diese Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen.

Sie werden daher eine Unterlage für die Hereinnahme und für die Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Aufträge, für den, wie ich es nannte, aufgestauten Erhaltungsbedarf sein, und dadurch die Möglichkeit schaffen, neue Arbeitskräfte — und das ist ja das Maßgebende — in den Arbeitsprozeß einzufügen.

Darüber hinaus will die Reichsregierung einen Betrag von weiteren 700 Millionen Mark in Steuer-

Die Verhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP.

Eine Erklärung Dr. Brünings.

× **Berlin**, 28. August.

Reichskanzler a. D. Dr. Brüning teilt dem WTB. mit der Bitte um Veröffentlichung mit:

In der Sonntagsnummer der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" Nr. 403 wird die Behauptung aufgestellt, Dr. Brüning versuche, eine Koalition mit der deutschen Spitze gegen den Reichspräsidenten zu bilden und die Unterstellung daran geknüpft, Dr. Brüning habe geäußert, jetzt gehe er, er komme jedoch wieder, aber dann werde Hindenburg gehen. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich eine solche Aeußerung nie getan habe. Sie würde zudem das Gegenteil meiner Auffassung und Grundsätze sein. Soweit ich überhaupt politische Besprechungen gehabt habe, dienen sie ausschließlich dem Versuche, den verfassungsmäßigen Weg in der politischen Entwicklung Deutschlands zu sichern.

★

Ueber die Verhandlungen zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten ist Zuverlässiges noch nicht bekannt. Die Männer, die auf beiden Seiten die Verhandlungen führen, halten bemerkenswert dicht. Es mag aber wohl sein, daß die Absichten beider Parteien grundsätzlich auf folgende von der „Kölnischen Zeitung" mitgeteilte Lösung hinausgehen: Die Leitung des Reichskabinetts soll eine Persönlichkeit übernehmen, die das ausgesprochene Vertrauen des Reichspräsidenten genießt und die damit den vom Reichspräsidenten bisher ausschließlich vertretenen Gedanken der Präsidialregierung zum Ausdruck bringt. Diese Präsidialpersönlichkeit soll aber andererseits nicht ein Kampfkabinett gegen die Parteien bilden, wie dies zurzeit die Regierung Papen darstellt, sondern soll von dem Vertrauen parlamentarischer Parteien getragen und ihrer Mitarbeit unterstützt werden. Es fließen also in diesem Plan beide Gedanken, der des Präsidialkabinetts und der einer parlamentarischen Koalitionsregierung zusammen.

Die „Kölnische Zeitung" teilt auch noch mit, von nationalsozialistischer Seite habe man Samstag abend in ganz bestimmter Form gehört, daß eine Einigung mit dem Zentrum erzielt sei. Hitler werde nicht als Kandidat für ein Reichskabinett vorgeschlagen.

Die Telegraphen-Union meldet, in unterrichteten Kreisen werde versichert, daß Zentrum und NSDAP. sich bezüglich der allgemeinen politischen Linie grundsätzlich bereits geeinigt hätten. Diese Einigung beziehe sich sowohl auf Preußen wie auch auf das Reich. Selbst über die Person eines etwaigen Kanzlers sei eine Einigung erzielt worden, die aber vorläufig noch nicht genannt werde. Der Name Brüning werde neuerdings wieder für das Außenministerium genannt, das ihm nach seinem Ausscheiden als Kanzler bekanntlich der Reichspräsident schon zugedacht hatte, das aber Brüning damals unter der Kanzlerschaft von Papens abgelehnt hatte. Man spreche jetzt ernstlich von einer Kombination Schleicher—Brüning—Strasser.

Was Preußen angehe, so höre man, daß die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien, doch bestehe Aussicht darauf, daß man sich auf eine neutrale Persönlichkeit als Ministerpräsidenten einigen könne. Man nenne hier den Namen Goerdeler. Der preußische Ministerpräsident könnte bei einer Neubildung des Reichskabinetts, wie sie von Zentrum und Nationalsozialisten demzufolge angestrebt werde, als Reichsminister auch im Reichskabinett vertreten sein.

Wir betonen auch hierzu, daß von zuständiger Zentrumsstelle nichts verlautet, was als Bestätigung oder Nichtbestätigung dieser Angaben aufgefaßt werden könnte.

Oberbürgermeister Dr. Goerdeler-Leipzig teilt zu der Pressemeldung über eine Regierungsbildung in Preußen mit, daß er der Nennung seines Namens fernstehe und daß er nicht befragt sei, ob er unter den gegenwärtigen Verhältnissen an einer solchen Regierungsbildung mitwirken wolle. Im übrigen seien seine politischen Grundsätze, insbesondere seine Stellung zu dem Dualismus Reich-Preußen bekannt. Er lehnt ihn ab.

---

anrechnungsscheinen für solche Unternehmen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Für jeden Neueingestellten soll, aufs Jahr gerechnet, ein Betrag von 400 Mark in Scheinen gegeben werden. Wird dieser Betrag voll ausgenutzt, so werden 1¼ Millionen Arbeiter mehr eingestellt werden können.

Wird dies gelingen, so würde das einen ganz großen vorwärtstreibenden Erfolg bedeuten. Diese Maßnahmen werden aber nur dann die Wirtschaft sofort in Gang bringen, wenn das Problem auch von der Seite der Arbeit angepackt wird. Es wird deshalb den Arbeitgebern gleichzeitig ein Anreiz zur Streckung der Arbeit durch Verteilung auf möglichst viele Arbeiter gegeben. Dieser Anreiz wird nur auf dem Gebiete der Entlohnung liegen können.

Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte einstellt, den Tariflohn in einem gewissen genau umgrenzten Umfange, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, zu unterschreiten (Bewegung), und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenzen in einem umso größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft oder der Arbeiterschaft ist. Der Lohn wird aber nicht im gleichen Ausmaß ermäßigt werden dürfen, wie die Belegschaft ansteigt, damit die in dem Betrieb bezahlte gesamte Lohnsumme nicht nur erhalten bleibt, sondern sich sogar noch erhöht. Ich bin mir bewußt, daß diese Maßnahme einem Teil, und zwar dem jetzt beschäftigten Teil der deutschen Arbeiterschaft, Opfer auferlegt, aber die Opfer gehen zugunsten der heute Arbeitslosen. Und wenn auch der einzelne eine kleine Einbuße erleidet, so wird die Gesamtlohnsumme erhöht, die allgemeine Kaufkraft also gesteigert. Auf diese Weise werden wir eine weitere erhebliche Zahl Erwerbsloser der Arbeit wieder zuführen können.

Die Reichsregierung beabsichtigt, das Tarifrecht und das Schlichtungswesen in seinem wesentlichen Inhalt aufrecht zu erhalten. Was sie aber immer wieder betonen muß, ist die Erwartung, daß die Beteiligten ihre Verhältnisse mehr als bisher im Wege freiwilliger Selbstbestimmung ohne staatliche Mitwirkung und ohne Bevormundung ordnen. Es ist in erster Linie ihre Aufgabe, die Tarifverträge so auszugestalten, daß die Nachteile, die mit einem zuweitgehenden Tarifschematismus notwendig verbunden sein müssen, verschwinden.

Der wertvolle Kern des Tarifgedankens, den ich in der Sicherung der Existenzgrundlage des Arbeitnehmers, in der Verhinderung unlauterer Lohnkonkurrenz und vor allem in der arbeitsgemeinschaftlichen Zusammenarbeit der beiderseitigen Verbände sehe, muß erhalten bleiben.

Unsere Tarifverträge sind vielfach immer noch zu starr und nehmen auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gebiete, Betriebe und Arbeitnehmergruppen nicht gebührend Rücksicht.

Besonders am Herzen liegt mir die Erhaltung der Produktionsstätten. Es sollte in der heutigen Zeit nicht vorkommen, daß Betriebe, die bei vernünftiger Berücksichtigung ihrer besonderen Notlage aufrecht erhalten werden könnten, infolge der Starrheit tariflicher Bindungen zum Erliegen kommen. (Sehr richtig!)

Die Reichsregierung hat den Beteiligten schon wiederholt nahegelegt, für derartige Sonderverhältnisse Ausnahmemöglichkeiten im Tarifvertrag selbst vorzusehen. Leider ist dies nicht überall im erforderlichen Umfange geschehen. Ich halte es daher für notwendig, für diese Fälle nunmehr im Verordnungswege Abhilfe zu schaffen.

Alle diese Maßnahmen dienen zunächst nur einer Uebergangszeit. Sie werden deshalb auf 12 Monate befristet. Sie sollen es der Wirtschaft ermöglichen, sich aus ihrer bisherigen Erstarrung zu lösen und den eigenen wirtschaftlichen Gesetzen zu folgen. Ich weiß, daß diese Maßnahmen noch nicht alles das enthalten, was Sie vielleicht von mir erwarten, und was die Aufgabe dieser Regierung ist. Ich erwarte aber, daß der gewaltige Anstoß, den unsere gesamte Volkswirtschaft durch eine Entlastung und damit Befruchtung um etwa 2 Milliarden Mark und eine zusätzliche Beschäftigung von 1 bis 2 Millionen Arbeitsloser erfährt, auch die Lage der Landwirtschaft direkt und indirekt außerordentlich bessern wird. Die Schrumpfung der Kaufkraft des Binnenmarktes hat den Konsum gerade von Veredelungsprodukten, wie z. B. Fleisch, das wir im eigenen Lande genügend herstellen und deshalb durch Zölle nicht mehr entscheidend schützen können, außerordentlich gedrückt und damit die Preise völlig unrentabel gemacht.

Die Hebung der Kaufkraft der Allgemeinheit wird den Landwirt eher dazu befähigen, Erzeugnisse zu angemessenen Preisen auch wirklich besser absetzen zu können, als dies heute der Fall ist, insbesondere bei den Erzeugnissen der bäuerlichen Veredelungswirtschaft.

Ich habe Ihnen den großen Rahmen angegeben, in dem, wie ich zuversichtlich hoffe, die Gesundung unserer Wirtschaft einen neuen Anlauf nehmen wird. Es würde zuweit führen, mich heute über eine Reihe wichtiger Einzelfragen, wie vor allem das Zinsproblem, zu äußern. Daß wir diese Frage auf dem privatwirtschaftlichen Wege mit allen Kräften vorwärts treiben, ist ebenso selbstverständlich, wie, daß wir eine Diskontsenkung für die allgemeine Wirtschaft binnen kurzem durchsetzen werden. (Bravo!)

Ferner aber sollen die zwölf Monate, in denen jene Nothilfe abläuft, dem organischen Um- und Neubau unseres Staats- und Wirtschaftswesens dienen, der die eigentliche Aufgabe unserer Zeit ist. Erst wenn wir der Not der Stunde etwas mehr entrückt sind wie heute, werden wir ein Sozial- und Finanzprogramm auf lange Sicht aufbauen können. Ich kann hier nicht über alle Probleme unseres Staatslebens sprechen. Für eine politische Programmrede wird im Reichstag Gelegenheit sein. Dort werde ich über die Gebiete der inneren und der äußeren Politik reden, die ich heute nicht berühren kann. Ich möchte nur auf eines eingehen, das mein Herr Vorredner betont hatte, auf die Anpassung unseres gesamten Staats- und Verwaltungsapparates an die Armut der Nation. (Lebhafter Beifall.) Ich darf hierbei darauf hinweisen, in welcher Weise bereits in Preußen unter der tatkräftigen Leitung des Reichskommissars Dr. Bracht, der zu seinem Bedauern heute hier nicht anwesend sein kann, die Probleme der Verwaltungsreform angefaßt worden sind. Daß man dabei nicht schematisch verfahren ist, sehen Sie daran, daß viele Provinzen, wie z. B. Westfalen, von der Neuregelung garnicht betroffen worden sind. 60 Amtsgerichte sind aufgelöst worden.

Diesen ersten Maßnahmen wird eine große organisatorische Verwaltungsreform folgen (Lebhafter Beifall — Bravo!), eine Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern, die, wie ich hoffe, vom preußischen Staatsministerium in wenigen Tagen verabschiedet werden wird.

(Bravo!) Diese Reform ist eine unentbehrliche und entscheidende Voraussetzung für eine Reichsreform. Sie wird die Doppelarbeit von Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten beseitigen und jedem von ihnen seine getrennte und selbständige Zuständigkeit geben. Die Sonderverhandlungen auf kulturellem, wirtschaftlichem und technischem Gebiete werden einheitlich dem Regierungspräsidenten bezw. den Landräten angegliedert werden. Diesen Maßnahmen soll eine Verkleinerung und Vereinfachung in der Zentralinstanz, eine Finanzreform und eine Reform der Selbstverwaltung folgen. (Bravo!) Die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen und die dadurch möglich gewordene Reform an Haupt und Gliedern beweisen, daß die Regierung — mehr als jede andere in den letzten 14 Jahren — gewillt ist, zu handeln. (Bravo und lebhafter Beifall.)

Mit tiefer Sorge verfolgt die Reichsregierung eine der verhängnisvollsten Wirkungen der Einengung des deutschen Lebensraumes. Millionen der nachwachsenden Jahrgänge, junge Menschen voll Tatendrang, sind nach der Ausbildung vom Berufsleben und damit von einer äußeren und inneren Existenzgrundlage ausgeschlossen. Mit ihnen leiden Millionen von Vätern und Müttern. Die Reichsregierung nimmt diese Sorge auf. Praktische Schritte zur Eingliederung dieser wichtigen Kräfte der jungen Generation aller Schichten werden getan werden, mögen die Opfer auch noch so schwer sein. (Bravo!)

Ganz besonders ernst ist die Lage des akademischen Nachwuchses. Hier plant die Reichsregierung, zunächst die Zwischenschaltung eines praktischen Jahres zwischen höherer Schule und Hochschule anzuregen und durchzuführen und gleichzeitig den Hochschulen die unabweisbare Pflicht nahzulegen, nach diesem Jahr auf jede nur denkbare Weise die Zahl der Studenten dem Bedarf der Berufe anzugleichen.

Die praktischen Kenntnisse dieses Werkjahres werden von gleichem Nutzen sein für diejenigen, die nach dieser Entscheidung sich praktischen Berufen widmen, wie für diejenigen, die studieren. Jedenfalls geht es nicht länger an, daß jährlich mehr als 10 000 der Hochschulabsolventen für immer der Hoffnung beraubt sind, einen Beruf zu finden.

Die Arbeit der nächsten Monate kann nur geleistet werden durch eine autoritäre, unabhängige Regierung, die sich ihrer Verpflichtung gegen Gott und die Nation im Tiefsten bewußt ist. (Bravo, lebhafter Beifall.) Aus dieser Ueberzeugung heraus halte ich es für meine Pflicht, Störungen dieses Werkes durch die Einflüsse der Parteien abzuwehren. (Bravo!) Große Aufgaben im Dienste der Nation können nur von dem gelöst werden, der sich dem ganzen Volke und nicht nur einer Partei oder Klasse dienstbar glaubt.

Der Grundsatz der Reichsverfassung „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus" kann nicht bedeuten, daß diese Staatsgewalt dem taktischen Spiel der Parteien im Parlament ausgeliefert werden soll. (Lebhafter Beifall.) Und wenn heute von einer Koalition zwischen Zentrum und NSDAP gesprochen wird, an die ich nicht glauben kann, weil sie dem ganzen antiparlamentarischen Bekenntnis der Nationalsozialisten widerspricht, so wäre der geheime Grundgedanke solcher Koalition doch nur der, daß die eine Partei die andere zu vernichten wünscht.

(Sehr richtig!) Ich frage, ob die Not des deutschen Volkes in dieser Stunde wirklich noch ein solches Kulissenspiel erträgt? (Nein!) Auf der anderen Seite denken wir nicht an eine Abweichung von den Grundgesetzen der Verfassung oder gar an einen Wechsel der Staatsform. Die Verfassung selbst hat in der Institution des Reichspräsidenten dem Spiel der Parteien gegenüber den ruhenden Pol geschaffen, den Pol, an dem die einheitliche und unabhängige Führung der Staatsgeschäfte verankert ist. Von dieser zugleich autoritären und demokratischen Gewalt, die sich uns in der Person unseres Reichspräsidenten von Hindenburg darstellt, hat die Reichsregierung die Rechtfertigung und den Auftrag ihres Wirkens. (Bravo!)

Ich habe die Pläne, nach denen sie verfahren will, Ihnen in großen Zügen vorgestellt. Nun rufe ich Sie alle, meine anwesenden Freunde, ich rufe das ganze deutsche Volk auf, hinter uns zu treten und uns bei der Durchführung dieser Pläne zu helfen, die der Rettung Deutschlands dienen sollen. (Dauernder Beifall.) Möge das deutsche Volk nicht in innerpolitischem Hader und in verblendeter Selbstverzerfleischung diesen Ruf überhören. Unser Glaube an die Zukunft der Nation ist so unerschütterlich, wie der jener Millionen, die einst auf den Schlachtfeldern für sie geblutet haben. Und deshalb rufe ich heute dem Lande zu: „Denkt nur an Deutschland!" (Lauter, anhaltender Beifall.)

Nachdem sich der Beifall gelegt hatte, sangen die Versammelten nach einem kurzen Schluß- und Dankeswort des Präsidenten Dieckmann die drei Strophen des Deutschlandliedes unter Orgelbegleitung.

Anschließend begab sich der Kanzler dann in das Stadttheater, um auch an die dort Versammelten eine kurze Ansprache zu richten, in der er mit wenigen Worten das in der Stadthalle Gesagte umriß und am Schluß erklärte: Wenn ich mich nach Neudeck zum Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg begebe, der immer noch als ein Idol der Einigung an der Spitze des Volkes steht, dann werde ich an Westfalen denken, und werde wissen, daß Sie und ich, daß wir zusammen eine neue Zukunft Deutschlands vorbereiten werden.

Als der Kanzler dann die Stadthalle verließ, wurden ihm von der draußen harrenden tausendköpfigen Menge stürmische Ovationen dargebracht.

Zollerhöhungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

!! **Berlin**, 27. August.

Noch vor Abschluß der Beratungen über das eigentliche Wirtschaftsprogramm hat die Reichsregierung bereits eine Reihe von Zollerhöhungen bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen vorgenommen. Es handelt sich um die Zölle für Gurken, Fruchtsäfte, lebende und geschlachtete Gänse, Eigelb und Eiweiß, pflanzlichen Talg und die Einführung eines Verwendungszwanges für Inlandswein bei der Herstellung von Wermutwein und Weinessig.

Kreuger-Korruption auch im Ausland.

:-: **Stockholm**, 27. August.

Die umfassende Prüfung der Manipulationen Kreugers dürfte laut „Nya Dagligt Allehanda" nicht annähernd abgeschlossen sein, wenn die Konkursverwalter am 10. September ihren Bericht erstatten sollen. Man nimmt vielmehr an, daß eine vollständige Darstellung der Machenschaften erst im Spätsommer 1933 vorliegen dürften. Während der bisherigen Untersuchung ist, wie das Blatt meldet, festgestellt worden, daß die finanziellen Engagements Kreugers zu politischen Zwecken weit umfangreicher waren, als bisher angenommen wurde. Seine politischen Transaktionen haben sich auch auf das Ausland erstreckt, und die Namen mehrerer ausländischer Staatsmänner und anderer bedeutender Persönlichkeiten befinden sich auf der Liste der Personen, die Anleihen und Unterstützungen erhalten haben. Aber nicht nur einzelne Personen, sondern auch ganze Fraktionen sollen bedeutende Beträge erhalten haben. Kreuger hat selbst eine klare Aufstellung aller dieser Geschäfte angefertigt; Quittungen sind, so berichtet das Blatt weiter, seit zehn Jahren aufbewahrt worden. Es handle sich jedoch nur ausnahmsweise um größere Beträge. Eine spezielle politische Einstellung hatte Kreuger nicht, sondern er wollte nur mit allen Kreisen gute Beziehungen unterhalten. Die Zeitung vermutet schließlich, daß die Namen der Nutznießer niemals veröffentlicht werden dürften.

Eröffnung der Leipziger Herbstmesse.

)) **Leipzig**, 28. August.

Am Sonntag wurde die Leipziger Herbstmesse 1932 eröffnet. Auch auf ihr machen sich die wirtschaftlichen Schwierigkeiten allenthalben geltend. Politische und wirtschaftliche Unsicherheit drücken auf den hier und da noch vorhandenen Rest von Unternehmungsgeist. Trotzdem wickelt sich die Messe durchaus nicht still und geschäftslos ab. Auch das Ausland, namentlich die amerikanischen Messebesucher sind zahlreicher als zur Herbstmesse des letzten Jahres erschienen. Ein oberflächlicher Ueberblick läßt erkennen, daß Neuheiten besonderer Art kaum erschienen sind.